

Gegenstand: **Haushaltsreden der Fraktionen**

Haushaltsrede CDU – Johannes Kabs:

Herr Kabs setzt sich mit dem Haushalt als wesentlichem Instrument der Kommunalen Selbstverwaltung und der nicht auskömmlichen Finanzierung von Pflicht- und Auftragsangelegenheiten durch Bund und Land auseinander. Bei der Novellierung der Grundsteuer kritisiert er Versäumnisse der Landesregierung, weshalb die CDU einer Erhöhung der Grundsteuer B auch im Stadtrat nicht zustimmen wird.

Kritisiert werden diverse kommunale Baustellen, z.B. das Podium am Postplatz. Die CDU kündigt an, ohne schlüssigem Gesamtkonzept keiner Entscheidung mehr zuzustimmen. Weitere Kritikpunkte sind Verkehr Schützenstraße, Brückensanierung Obere Langgasse, Sanierung Objekt Wormser Straße 8 und Zustand Russenweiher. Bei der Sonnenbrücke sollte von Veränderungen Abstand genommen werden.

Die Klimaschutzsitzung wurde zum wiederholten Mal abgesagt, hier werden substanzielle Fortschritte erwartet, ebenso Verbesserungsvorschläge der Verwaltung gegen die Vermüllung des Stadtgebietes, die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen oder die Optimierung der Beleuchtung am Postplatz. Kritik wird an der Arbeit der Beigeordneten geübt.

Die Stadt ist ihrem doppelten Weltkulturerbe verpflichtet, hinterfragt wird die Aufstellung der Klimaoasen vs. die Zulassung Photovoltaik in der Innenstadt. Weitere Aspekte sind Cybergrooming, Feuerwehr, THW sowie das Konversionsgelände Speyer Nord. Ebenfalls Thema ist die Optimierung der Buslinien; mindestens die Hälfte der Busse in Speyer fährt leer und anscheinend mit den ältesten Modellen.

Positiv bewertet wird der Übergang der Sozialen Anlaufstelle für Obdachlose an den ASB mit Moderation durch die Stadt.

Die CDU wirbt für gemeinsame Anstrengungen des Rates und der OB für die Entwicklung der Stadt und wird dem Haushalt 2025 – außer der Grundsteuererhöhung – zustimmen.

Haushaltsrede SPD – Johannes Gottwald:

Herr Gottwald appelliert in seiner Haushaltsrede an Solidarität und demokratisches Zusammenhalten. Die Kommune steht im Spannungsfeld zwischen Sozialhaushalt und Projektentwicklung. Die Forderung nach einem Verzicht auf wichtige Investitionen zur Haushaltssicherung ist nicht tragbar

Neben dem Erhalt des Russenweiher fordert die SPD auch eine Stärkung der Quartiere, eine Art „zurück in die Zukunft“ mit Handel und Kultur in den Quartieren, vor allem auch in Speyer-Nord.

Lob gibt es für die Organisation der Vor-Ort-Termine in Beteiligungsverfahren.

Beim Verkehr braucht es mutige Lösungen für ein Problem, das alle sehen und das geeignet ist, die Gesellschaft zu spalten. Kritisiert wird u.a. der Autoverkehr zu Schulen und zum Sport, die Radwege müssen verbessert werden. Für den Erhalt des Erlebnisses Einkaufen in der Stadt ist Stückwerk wie die Blumenkübel und Klimaoasen oder die Postplatztribüne nicht zielführend. Die Gestaltung der Hauptstraße war schon einmal ein mutiges und umstrittenes Projekt.

Am ehemaligen Stiftungs Krankenhaus darf es keine exklusiven Wohnungen geben, sondern Tagesbetreuung für Ältere. Auch beim Friedhof ist eine zeitgemäße Friedhofskultur erforderlich.

Weitere Schwerpunkte sind die Weiterentwicklung der Gewerbeflächen, auch im Industriebhof, Tourismus, Feuerwehr und THW.

Investitionen in und Digitalisierung an den Schulen ist erforderlich; gefordert wird ein Nachjustieren bei der BBS zum 200. Jubiläum.

Sport- und Kulturförderung müssen als Investition in die Zukunft auch weiterhin möglich bleiben. Obwohl das Bademaxx ein Zuschussgeschäft ist, sollten Eintrittskarten bis 2 Stunden im Preis gesenkt werden, damit möglichst alle schwimmen lernen können

Die hohen Wohnungskosten in Speyer, bei denen selbst Gutverdiener an ihre Grenzen stoßen, sind undemokratisch, unsozial und eine Gefahr für die Demokratie; deswegen wendet sich die SPD auch gegen eine Grundsteuererhöhung, stimmt dem Haushalt (ohne Flugplatz) aber zu.

Haushaltsrede AfD – Benjamin Haupt

Herr Haupt erinnert zunächst daran, dass gerade die SPD lange Jahre an den Regierungen im Bund und im Land beteiligt und für die aktuelle Politik und das Durchgreifen auf die Menschen bis in den Privatbereich mitverantwortlich war.

Die AfD lässt sich die freie Rede nicht verbieten und kritisiert die Ausgabe von Steuergeldern für die Kriegsförderung während der Sozialstaat in die Schieflage gerät. Die Fahnen von Kriegstreibern wie der Ukraine und Israel wurden erst auf Forderung der AfD am Stadthaus abgehängt. Auch die Kosten für die Sanierung des Wittelsbacher Hofes und das Gedenken für die Widerständler gegen die Verräter des pfälzischen Separatismus wurden erst auf Betreiben der AfD übernommen.

Dieser Stadtrat betreibt Schaufensterpolitik und die Ausgrenzung andersdenkender politischer Kräfte. Für die gezielte Störung der Ratssitzung vom 14.11. wäre längst eine Entschuldigung bei der AfD fällig. Mit Blick auf die Berufe einiger Stadträte und hochbezahlter Beamter ist deren Treueeid auf die Verfassung anzuzweifeln.

Ein weiteres Beispiel für die Doppelmoral im Stadtrat ist der Migrationsbeirat, in dem viel von Teilhabe schwadroniert wird, interessierte Ratskollegen der AfD aber ignoriert und ausgeschlossen werden. Dabei werden einzelne Mitglieder des Beirats namentlich hervorgehoben.

Angesichts der Haushaltslage der Bürger will die AfD den Finger in die Wunde legen. Man sieht das Gebahren eines Selbstbedienungsladens, bei den Gehältern des Stadtvorstands, diverser Beauftragter und dem aufgeblähten Apparat des Jugendamtes, das in Familienrechte eingreift.

Attestiert wird ein allgemeiner sozialer Abstieg, während gleichzeitig teure Schilder an einem Bahnübergang beschafft werden, und ein Campingplatz gefordert wird, obwohl kaum Flächen für Wirtschaft und bezahlbares Wohnen vorhanden sind. Die Planungen für den Bahnhofsvorplatz waren schon mehrheitlich vom Tisch und werden trotzdem eigenmächtig in den Ausschuss zurücküberwiesen. Dabei könnte man Einsparungen vornehmen. Die Postgalerie nennt er ein Denkmal des Scheiterns und auch die Zustände auf dem Friedhof seien bedauerlich. Dazu kommt ein zweifelhafter Umgang mit Gewerbetreibenden durch die Stadt. Es entsteht in den Sozialen Netzwerken der Eindruck, dass mit Selbstherrlichkeit und Ignoranz der Stadt von oben herab durchregiert wird.

Die AfD stimmt dem Haushalt nicht zu und wünscht allen ein christliches Weihnachtsfest.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen – Jana Dreyer

Die Haushaltsrede beginnt mit einem Rückblick auf die zurückliegende Wahlperiode. Die AfD streut das Salz der einfachen Lösungen in entstandene Wunden, ohne sich aktiv an der Kommunalpolitik zu beteiligen, während andere sich ehrenamtlich für die Kommune abrackern. Es könne so nicht weitergehen, die Grünen nehmen sich da nicht aus. Ein Blick in die Welt zeigt Klimakrise, Krieg in der Ukraine und Armut in der Welt bei gleichzeitig geschmacklosem Reichtum. Klimaprobleme und Armut sind auch in der Stadt vorhanden.

Thematisiert wird dabei auch die Erstaufnahmeeinrichtung und die politischen Verhältnisse im Stadtrat, der ohne Koalition auskommt. Der Wille zur Zusammenarbeit ist vorhanden, bei fast paritätischer Besetzung nach Geschlecht; der Stadtrat wurde jünger und in Teilen diverser. Offensichtlich gibt es aber auch einen Rechtsruck bei den Wählerinnen und Wählern, mit verheerenden Auswirkungen auf den Alltag. Sie appelliert daran, nicht die schweigende Masse zu sein, wenn die AfD wieder und wieder die Verfassung mit Füßen tritt.

Die Haushaltslage 2025 fällt gegenüber den Vorjahren ausgesprochen schlecht aus. Dabei müssen auch andere Werte als monetäre Beträge zählen. Angesichts der Personallage in der Verwaltung werden kreative Lösungen erwartet. Es sollten die Schubladen geöffnet und lange beschlossene Anträge wieder hervorgeholt und umgesetzt werden. Bedauerlich sei, dass die Klimaschutzmanagerin keine eigenständige Stabsstelle sei und die Klimasitzungen ersatzlos abgesagt wurden.

Kritisiert wird der Umgang mit der Zweckentfremdungssatzung und deren Umsetzung durch die Untere Bauaufsichtsbehörde; diese muss selbst aktiv werden und nicht darauf warten, bis Leerstände angezeigt werden. Erforderlich sei auch ein Leerstandskataster wie in anderen Städten der Region. Die Ablehnung des hohen Grundsteuer Hebesatzes war richtig, bis es tragbare Lösungen gibt. Diese Steuer allein ist aber nicht der Grund für steigende Mieten in Speyer.

Die Stadt sei vollgestopft mit Autos, zu Lasten von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Beim Busverkehr, gut erdacht, besteht Nachbesserungsbedarf. Die Überwachungsbehörden operieren nur halbherzig. Bedauerlich sei auch das Einknicken bei den Parkgebühren.

Stadtgrün ist unendlich wichtig und nicht messbar in barer Münze. Dabei bedarf es keiner schicken Kronengestaltungen sondern klimatisch angepasster Baumarten. Es sind dazu flächendeckende Planungen und kluge Entscheidungen notwendig.

Die Grünen werden dem Haushalt zustimmen.

Haushaltsrede FDP – Mike Oehlmann

Herr Oehlmann übt Kritik an der Kommunikation von Vorhaben und appelliert daran, positive Aspekte nach vorne zu rücken. Der Haushaltsentwurf offenbart Chancen und Herausforderungen. Die FDP denkt dabei an die Haushaltssituation für kommende Generationen.

Kritisch werden die Kosten für den Viadukt gesehen. Notwendig sind auch umsetzbare Radverkehrskonzepte, sowie Lösungen für die Schützen- und Gilgenstraße. Beim Busverkehr muss auch Mobilität on demand berücksichtigt werden, wenn die Linienbusse so schlecht angenommen werden.

Die FDP fordert von der Verwaltung die Einrichtung von Mobilitätsstationen und digitales Verkehrsmanagement statt dem gescheiterten Verkehrsversuch am Postplatz.

Die Innenstadt ist und bleibt das Pfund von Speyer und muss attraktive Erlebnisflächen bieten. Daher keine Reduzierung der Parkflächen in der Innenstadt! Der Denkmalschutz für das Brezelhaus resultiert aus handwerklichen Fehlern der Verwaltung. Das Podium vor der Postgalerie schlägt aber dem Fass den Boden aus. Eine Unterschutzstellung großer Teile der Innenstadt durch GDKE wird dem Rat noch Kopfschmerzen bereiten. Scharfe Kritik erfahren auch

Stoffhaus und KiTa Regenbogen. Zudem bringt die FDP ihren Unmut bezüglich der Qualität von Vorlagen durch die Verwaltung zum Ausdruck, um fragwürdige Entscheidungen durchzusetzen.

Neben den Flächenerwerben von Konversionsflächen wird auch die Forderung nach Aktivierung weiterer Flächen aus landwirtschaftlichen Bereichen aufgestellt. Private Bauträger sind wieder in den AK bezahlbarer Wohnraum einzuladen. Die FDP lehnt eine Erhöhung der Grundsteuer ab und ist empört über den Vorstoß der Verwaltung im Ausschuss. Es sollte differenzierte Sätze für Gewerbe und Wohnraum geben, sobald die rechtliche Möglichkeit dazu besteht.

Die Wirtschaftsförderung muss aus dem Dornröschenschlaf erweckt werden. Deshalb wird eine weitere Vollzeitstelle beantragt. Positiv beurteilt wird die Besetzung der Leitungsstelle, der neue Wirtschaftsförderer hat inzwischen erste Duftmarken in der Wirtschaft gesetzt. Die Anforderungen der FDP an ihn sind da auch sehr hoch.

Städtische Flächen sollten nur für Neuansiedlungen oder die Erweiterung bestehender Betriebe zur Verfügung gestellt werden. Die Freigabe des Grundstücks in der Brunckstraße wird gefordert.

Parallel dazu ist der Personalaufwuchs einzudämmen. Die ständigen Personalmehrungen sind nicht mehr zu vermitteln, deshalb wird der Stellenplan abgelehnt.

Eine starke lokale Wirtschaft stärkt auch mit einem Rekordsteueraufkommen den Haushalt.

Die FDP wird den Haushalt trotz erheblicher Bedenken wegen des Finanzierungsdeltas von Bund und Land mittragen.

Haushaltsrede Freie Wähler Speyer – Claus Ableiter

Herr Ableiter bezeichnet das Treiben der Verwaltung bei den Haushalten derart schlimm, dass es so ein abscheuliches Ergebnis gibt. Die Freien Wähler tragen die Grundsteuerreform nicht mit. In RLP wird Gewerbe entlastet und Wohnraum belastet. Die Entscheidung im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss war überraschend, aber richtig. Die elende Ampelregierung in Mainz muss endlich ihre Aufgaben erfüllen.

Massive Belastungen für den Sozialhaushalt bringt auch das Bürgergeld für wenig Arbeitswillige und Flüchtlinge. Aufgrund der Flüchtlingslage wird auch das Stiftungs Krankenhaus für viele Jahre belegt sein, deshalb sollten keine weiteren Mittel für eine Planung ausgegeben werden, die auf Jahre nicht kommen wird. An die AfD gerichtet stellt er fest: gelingt Putin der Durchbruch, werden wir Millionen weitere echte Flüchtlinge bekommen. Wer Russland unterstützt, trägt indirekt auch zum Ruin der Stadt Speyer bei.

Der Busverkehr, vor Jahren noch ohne Zuschüsse rentabel, solange er als eigenwirtschaftliche Lösung betrieben wurde, wird zum Problemfall. Die Anbindung zum Industriegebiet Süd, insbesondere dem Postfrachtzentrum, ist absolut mangelhaft. Insgesamt gibt es eine deutliche Verschlechterung für 4 Mio. € mehr im Jahr.

Im Gegensatz zur FDP werden Ausgaben für Fußgängerbrücken unterstützt.

Die KiTa Regenbogen wird zum Horrorfilm ohne Ende. Eine ebenerdige KiTa käme ohne Aufzug und ausufernde Brandschutzauflagen für den zweiten Fluchtweg aus. Er mahnt den Rat zur sorgfältigen Prüfung solcher Ausgaben und kritisiert die hemmungslose Zweckentfremdung von Investitionsmitteln für Konversionsflächen für andere fragwürdige Bauprojekte.

Die Stadt Speyer hat sich nie an Klagen gegen das Land RLP wegen fehlender Konnexität beteiligt. Sein Slogan: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Beim Umbau der Feuerwehr sollten keine Container gemietet, sondern auf der vorgesehenen Fläche fest gebaut und dann umgezogen werden, um erhebliche Mehrkosten zu sparen. Man

sollte sich überlegen, den Betriebshof des Landes zu erwerben und den eigenen Bauhof dahin umzuziehen, um Platz zu gewinnen.

Hinsichtlich Umwelt und Klimakatastrophe sehen die Freien Wähler keine ernsthaften Anstrengungen der Stadt und des Stadtrates. Dessen Verzicht auf Windkraftanlagen entlang der B 9 ist eine Fehlentscheidung. Er spricht von Umweltverbrechen der Oberbürgermeisterin und ihres Planungsmanns, PV-Anlagen in der Innenstadt zu verhindern. Die Unterschutzstellung großer Teile der Altstadt durch den Stadtvorstand und die GDKE sei ein bürokratischer Wahnsinn.

Kritisiert wird auch die fehlende Begrünung der Innenstadt und der Tiefgarage am Fischmarkt sowie die Zerstörung des Sankt-Guido-Stifts-Platzes auf seiner ganzen Länge.

Architektenhonorare müssen ausgegeben werden, wenn die eigenen Leute das nicht hinkriegen. Eine mögliche Vertragsvergabe an einen renommierten Architekten für 20.000 € als rechtswidrig zu bezeichnen, war eine glatte Lüge der Verwaltung.

Er spricht auch vom „Märchen der Bürgerbeteiligung“, mit Täuschungen und Falschinformationen. Die „Roßtäuscherei“ am Postplatz habe 200.000 € gekostet; herausgekommen ist nur ein dummer städtebaulicher Vertrag. Eine Schnapsidee sei auch die Verlagerung von VHS und Bücherei in das Stiftungs Krankenhaus, die widersinnig zum Stiftungszweck der Bürgerhospitalstiftung ist.

Die Freien Wähler lehnen diesen Haushalt ab.

Haushaltsrede Speyerer Wählergruppe – Dr. Sarah Mang-Schäfer

Auch die SWG sieht eine besondere Herausforderung der Haushaltsaufstellung für das kommende Jahr infolge der Schere der Fehlfinanzierung durch Bund und Land; allerdings sollte man dabei aus Sicht der SWG das Gewicht weniger auf die Einnahmen und mehr auf Sparprogramme legen.

Die Umsetzung einfacher Beschlüsse, z.B. im Radverkehr, dauern Jahre. Diese Situation der Verzögerung und Verlängerung von beschlossenen Maßnahmen frustrieren Bürger und Kommunalpolitiker. Deshalb fordert die SWG eine Berichterstattung zu bestehenden Anträgen und stellt den

Antrag zur Aufstellung aller noch offenen Anträge für die Feststellung, welche noch sinnvoll sind.

Die Verwaltung ist offenbar nicht in der Lage, selbst einfache Projekte innerhalb einer Wahlperiode umzusetzen. Das weckt Zweifel bei größeren Maßnahmen. Beispiele sind die Sanierung des Kinder- und Jugendtheaters oder die Renovierung von Veranstaltungsräumen und Vermietungen durch die Stadt.

Auch für das Stiftungs Krankenhaus braucht es keine Ausgaben für Planungen, wenn aktuell kein Bedarf besteht. Der Gestaltungsbeirat wird für die Entwicklung von Gestaltungsideen missbraucht. Das Podest an der Postgalerie ist ein gutes Beispiel, wie man es nicht machen soll. Daher stellt die SWG den

Antrag zur Vorlage der Pläne für die Umgestaltung der Fenster und des Podests im ASBV.

Die Wirtschaftsförderung muss besser aktiviert werden; durch gezielte Digitalisierung kann eine Frustration der Gewerbetreibenden vermieden werden; sie fehlt bei der Antragstellung in vielen Fällen.

Die Tourismusentwicklung ist ein zentraler Baustein der MRN, aktuell liegt der Schwerpunkt aber zu sehr auf der Pfalztouristik. Sinnvoll wäre evtl. die Zusammenlegung der beiden unterfinanzierten Abteilungen zu einer. Daher stellt die SWG den

Antrag zur Prüfung der Zusammenlegung von 020 und 310; die möglichen Auswirkungen sollen dem Stadtrat vorgelegt werden.

Kritisiert wird, dass Fördermittelversprechen als Druckmittel für die Durchsetzung von Entscheidungen eingesetzt wurden, ungeachtet der Umsetzung. Fallen Fördermittel künftig weg, muss das ganze Projekt auf den Prüfstand.

Im ÖPNV sollten die großen Nord-Süd- und Ost-West-Achsen mit Bussen bedient werden; kleinere Strecken kann man auch durch on-demand-Verkehr abdecken. Die SWG wird der Verschlimm-besserung des Fahrplans nicht zustimmen. Auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist derzeit nicht zielführend und Elektrobusse sollten erst im nächsten Ausschreibungszeitraum berücksichtigt werden; die Planung dazu kann man schon jetzt angehen.

Eine zielführende, digitale und kameraüberwachte Parkraumbewirtschaftung ist evident wichtig. Die Idee der Quartierparkhäuser sollte man wieder aufgreifen.

Entsiegelung ist von besonderer Bedeutung, die SWG setzt auf behutsame Nachverdichtung. Auch beim geplanten SchUM-Besucherzentrum sollte man den Schwerpunkt auf vorhandene Gebäude legen statt neuer Versiegelungen; dabei könnte man auch die Tourist-Info dort unterbringen.

Die SWG stimmt dem Haushalt zu, mit Ausnahme der Grundsteuererhöhung und der Elektrifizierung des Busdepots.

Haushaltrede Unabhängig für Speyer - Rosemarie Keller-Mehlem

Angesichts der allgemeine Krisensituationen in der Welt legt Frau Keller-Mehlem ihren Schwerpunkt auf die Zukunftsorientierung der Haushaltsentwicklung mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Gesundheit ist Basis für eine resiliente Gemeinde durch gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. Dazu gehören auch präventive Gesundheitsangebote, z.B. Frischküchen und Bewegungsangebote (Neubau einer Sporthalle), die Unterstützung für die Sportvereine und die Förderung der seelischen Gesundheit der Kinder durch pädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen.

Notwendig sind auch familienfreundliche Angebote, die Jugendcafés Nord und Süd sowie Investitionen in Personal und Gebäude bei Schulen und KiTas, die Umsetzung der Istanbul-Konvention und eine Beratungszentrale im bisherigen Frauenhaus. UfS stellt den

Antrag auf politische Unterstützung des Fördervereins Frauenhaus Speyer für die Bewerbung beim Land als Second-Stage Einrichtung und die Einstellung von Mitteln für einen Anteil der Stadt.

Wichtig sei auch der Interkulturelle Dialog und die Unterstützung der Rettungsdienste, die für Sicherheitsempfinden sorgen. UfS steht für eine nachhaltige Stadtentwicklung und begrüßt ebenfalls eine Erweiterung des Teilnehmerkreises für das Bündnis für bezahlbares Wohnen. Lebenswerte Stadtteile sind durchmischte Stadtteile. Gefordert werden innovative Wohnformen für das Stiftungskrankenhaus und eine konsequentere und schnellstmögliche Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen.

Dazu gehört eine naturnahe Gestaltung in der Stadt; Bäume tragen zur Abkühlung der Innenstadt bei und laden zum Flanieren ein. Flächendeckende Beschattungen durch Bäume und Trinkwasserspender sowie gekühlte Rückzugsräume sind erforderlich. Frau Keller-Mehlem erwartet auch einen gesunden Wald aus dem Forsteinrichtungswerk in den kommenden Jahren

Die Fraktion spricht sich für die Gleichwertigkeit aller Verkehrsarten in der Stadt und einen barrierefreien Ausbau des ZOB sowie die Erneuerung des Verkehrsleitsystems aus.

Es bedarf der Demokratieförderung für eine starke Gesellschaft durch eine noch bessere Zusammenarbeit von Verwaltung, Stadtrat und Bürgern. Sie lobt die Bürgerbeteiligungsprozesse. Das ehrenamtliche Engagement ist in Speyer spitze; ohne dieses wäre Speyer wirklich arm.

UfS stimmt dem Haushalt ohne Erhöhung der Grundsteuer zu.

Haushaltsrede Die Linke – Aurel Popescu

Er beginnt die Rede mit einem Zitat, das vermeintlich aus der Biografie „Meine sieben Leben“ von E. Kishon stammt: in schwierigen Zeiten suchen Kluge Lösungen, Idioten nach Schuldigen.

Weiterhin befasst er sich mit den Problemfeldern der globalen Entwicklungen, die auch Auswirkungen auf die Kommunalen Finanzen haben. Unter diesen Vorzeichen weist der Haushaltsentwurf der Stadt voraussichtlich 10 Mio. € Defizit aus. Die Schuldenbremse sieht die Linke als ritterliches Credo der FDP und die Aussetzung der Vermögenssteuer müsse dringend wieder aufgehoben werden, durch die dem Staat bisher 380 Mrd. € Einnahmen entgangen sind.

Die Forderung der Aufsichtsbehörde zur Kürzung der Freiwilligen Leistungen nimmt der Stadt den Kitt der Sozialgesellschaft. Die Linke bemängelt zudem den Verzicht auf Einnahmen aus verschiedenen Steuermöglichkeiten durch den Stadtrat, z.B. durch die Zweitwohnungssteuer. Die Zweckentfremdungssatzung ist seit 6 Jahren in Kraft, passiert ist seitdem: nichts. In Landau werden deutlich bessere Ergebnisse erzielt. Laut Zensus gibt es in Speyer über 1000 leerstehende Wohnungen; dem Leerstand und der Gentrifizierung muss entgegengewirkt werden.

Wohnraum muss allen zur Verfügung stehen und ausreichende Mobilität zur Verfügung gestellt werden. Die Linke übt Kritik an politischen Aussagen aus bestimmten Kreisen zum ÖPNV. Ein kostenfreier ÖPNV würde die Busse bei gleichen Kosten füllen. Eine „Soziale“ Verkehrswende, nicht nur an Adventswochenenden und auf bestimmten Eventflächen, würde eine Entsiegelung, z.B. am Königsplatz, ermöglichen.

Die Linke hat schon immer vor den Kostensteigerungen bei der KiTa Regenbogen und beim Schipka-Pass gewarnt. Der Postplatz ist statt einem Einfallstor zur Stadt eher ein Symbol der Einfaltspinsel. Wegen der Unterschützstellung des Brezelhauses auf Betreiben des Architekten, um die Stadt damit zu erpressen, spricht die Fraktion diesem jegliches Vertrauen ab.

Kritisiert werden auch der Umgang und die Sitzungshäufigkeit des Friedhofsausschusses durch die zuständige Dezernentin. Auf die neuen Anforderungen der Bestattungskultur muss reagiert werden. Hinterfragt wird auch der Umgang mit dem Denkmal für die rechtsextremen Mörder auf dem Friedhof.

Im Weiteren befasst sich Herr Popescu mit dem politischen Umgang miteinander, der zunehmend von Polemik bestimmt ist. Er dankt den anderen demokratischen Parteien für den fairen Wettbewerb und richtet deutliche Kritik Richtung Freie Wähler und Junge Liberale. Die rechtsextremen Attacken werden inzwischen sogar schon physisch. Besonderes Augenmerk widmet er der AfD und deren Verquickung in rechtsextreme und Reichsbürger-Kreise. Diese missbraucht den Stadtrat für ihre tendenziösen Anfragen, beschäftigt damit die Verwaltung und versucht ganz nebenbei, die Arbeit des Jugendstadtrates zu diskreditieren.

Bisher hat die Linke dem Haushalt pragmatisch mit den bekannten Ausnahmen zugestimmt. Dieses Mal wird sie das unter dem Eindruck des nicht möglichen Ausgleichs nicht mehr tun.

Er fordert dazu auf, bei „alternativen Fakten“ kritisch zu bleiben. Eine Lüge bleibt eine Lüge. Das Eingangszitat stammt im Übrigen nicht von Kishon, sondern wird fälschlicherweise Lorient zugeschrieben, die Biografie „Meine sieben Leben“ dagegen stammt von Harald Juhnke – bleiben Sie also wachsam, was Wahrheiten angeht!

Gegenstand: **Beschluss Hebesatzsatzung 2025**
****Vorlage: 0165/2024/1****

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende stellt fest, dass aus den Haushaltsreden erkennbar war, dass alle Fraktionen keiner Erhöhung der Hebesätze zustimmen wollen.

Nach Ansicht von Frau Dr. Heller handelt es sich um eine strategische Entscheidung, weshalb man auf das Landesgesetz nächste Woche warten sollte.

Herr Wagner erläutert, er erwarte als MdL keine Entscheidung in der Sache vor März oder April 2025.

Frau Lübge erteilt nochmals Auskünfte zu differenzierten Hebesätzen. Der Rat muss heute eine Entscheidung treffen, damit die Stadt ab 01.01.2025 handlungsfähig bleibt. Der Hebesatz 465 wurde seitens der Kämmerei bereits in der Vorlage eingearbeitet. Daraus errechnet sich auch die weitere Verschlechterung von rund 2 Mio. €.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigelegte Hebesatzsatzung unter Festsetzung einer der folgenden Grundsteuer-Hebesätze:

Hebesatz Grundsteuer A:	350 v.H. (unverändert)
Hebesatz Grundsteuer B:	465 v.H. (unverändert)

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Haushalte 2025 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung; Beschlussfassung

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Nach den Haushaltsreden der Fraktionen fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 31 Stimmen mehrheitlich (bei 11 Gegenstimmen: AfD, Freie Wähler Speyer, Linke):

Dem Haushaltsplan 2025 wird in der von der Kämmerei zuletzt vorgelegten Fassung (Veränderungsliste zum 12.12.2024) zugestimmt.

Protokollnotizen:

Alle Ratsfraktionen erklären, dass sie einer Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer B über die bisherigen v.H.-Sätze nicht zustimmen werden.

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen.

Die SWG-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche die Investitionen zur Elektrifizierung des Busverkehrs betreffen.

Gegenstand: Herstellung von Räumen an der SchUM-Stätte Judenhof für die
Vermittlungsarbeit
Vorlage: 0123/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Dr. Mang-Schäfer erkundigt sich nach der genauen Kostenaufschlüsselung.
Nach Auskunft der Verwaltung handelt es sich um Baukosten-Index-Werte für den Umbau eines
Nicht-Wohngebäudes in ein Museum. Genaue Kostenschätzungen sind erst mit Vorlage des
Bauantrages möglich.

Frau Dr. Mang-Schäfer fordert daraufhin die Änderung der Beschlussformulierung. Die SWG
möchte keine Freigabe ohne Details.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Grundlage des vorliegenden Nutzungskonzepts mehrheitlich (bei 12
Gegenstimmen: AfD, FDP, SWG, FWS F. Ableiter und 1 Enthaltung: Kloss, CDU) die Herstellung von
Räumen für die Vermittlungsarbeit direkt an der SchUM-Stätte Judenhof. Fokus liegt im ersten
Schritt auf der Vermittlungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: **Antrag zur Beauftragung der SFL Schule im Erlich Speyer mit dem Förderschwerpunkt Lernen (Schule im Erlich) in Speyer mit den Aufgaben als Förder- und Beratungszentrum (FBZ)**
Vorlage: 0134/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat, die Verwaltung zu beauftragen, beim Land einen Antrag auf Beauftragung der SFL Schule im Erlich Speyer mit dem Förderschwerpunkt Lernen (Schule im Erlich) in Speyer mit den Aufgaben eines Förder- und Beratungszentrums (FBZ) zu stellen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Speyer

- 1) **Feststellung des Jahresabschlusses**
- 2) **Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten für das Jahr 2023**

Vorlage: 0149/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Sitzungsleitung führt Frau Angelika Bott (SPD) als geburtsältestes Mitglied des Rates nach § 36 Abs. 1 S. 2 GemO.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses trifft der Stadtrat folgende Beschlussfassungen zum Jahresabschluss 2023 der Stadt Speyer (§ 114 Abs. 1 GemO):

1) Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023
 (einstimmig, 31 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen: AfD)

Der geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Stadt Speyer mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung: -7.356.585,80 €

Finanzmittelfehlbetrag der Finanzrechnung: - 17.335.941,91 €

Schlussbilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2022	31.12.2023		31.12.2022	31.12.2023
	€			€	
1. Anlagevermögen	380.370.589,02	384.426.474,59	1. Eigenkapital	94.598.223,20	87.238.178,15
2. Umlaufvermögen	39.378.980,38	35.100.468,55	2. Sonderposten	103.459.763,69	97.811.164,93
3. Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	3. Rückstellungen	61.871.065,69	65.380.878,51
4. Rechnungsabgrenzungsposten	1.777.561,05	1.844.984,31	4. Verbindlichkeiten	161.387.653,25	170.749.123,53
5. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	5. Rechnungsabgrenzungsposten	210.424,62	192.582,33
Summe Aktiva	421.527.130,45	421.371.927,45	Summe Passiva	421.527.130,45	421.371.927,45

2) Entlastung der Oberbürgermeisterin, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten
 (mehrheitlich: 29 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen: AfD; FWS, 1 Enthaltung FWS)

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2023 der Stadt Speyer wird

- der Oberbürgermeisterin, Frau Stefanie Seiler,
- der Bürgermeisterin, Frau Monika Kabs,
- der Beigeordneten, Frau Irmgard Münch-Weinmann, sowie

➤ der Beigeordneten, Frau Sandra Selg,

Entlastung erteilt.

Die Mitglieder des Stadtvorstandes haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: **Beschluss über die Satzung des Beirats für Wirtschaftsförderung**
****Vorlage: 0171/2024****

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Holzhäuser bedankt sich für die Ergänzung des Verkehrsvereins Speyer e.V. in der modifizierten Vorlage.

Aus Sicht von Frau Dr. Mang-Schäfer kommt der Tourismus im Titel vollkommen zu kurz; man sollte diesen daher ändern. Die Vorsitzende verweist darauf, dass der Entwurf der Satzung im Oktober mit Fristsetzung für Änderungen/Ergänzungen bis Ende Oktober verschickt wurde.

Frau Faust möchte wissen, welche Stabsstellen das betrifft; laut Verwaltung die Abteilung 020 (Wirtschaftsförderung). Weiterhin erkundigt sie sich, ob die Hörung von Sachverständigen mit Kosten verbunden ist; dies kann im Einzelfall zutreffend sein. Die Häufigkeit der Einberufung ist variabel, die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Die Anregung der Linken, das Protokoll jeweils auch an die Fraktionsvorsitzenden zu senden, wird aufgegriffen.

Herr Feiniler bitten beim DGB um die Konkretisierung, dass es sich um den Stadtkreisverband Speyer handelt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 6 Enthaltungen: 5 AfD, Dr. Mang-Schäfer - SWG) auf Grundlage des § 56a GemO die Satzung der Stadt Speyer über die Einrichtung eines Beirats für Wirtschaftsförderung. Die Aufgaben des Beirats für Wirtschaftsförderung ergeben sich aus § 2 der Satzung und sind maßgeblich die Beratung des Stadtrats, der Ausschüsse und Verwaltung bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen zur Förderung der Wirtschaft.

Der Beirat für Wirtschaftsförderung ersetzt den mit Satzungsbeschluss vom 12.12.2019 eingerichteten Beirat für Tourismus und Stadtmarketing.

Gegenstand: Fahrplanoptimierungen im Linienbündel Speyer
Vorlage: 0173/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

Frau Holzhäuser bezieht sich auf die Präsentation der 2 Varianten bei Linie 565.

Herr Schwarz (Tiefbau) erläutert diese Varianten nochmals:

Variante 1 = Linie wie bisher beibehalten

Variante 2 = über R.-M.-Rilke-Weg, dabei entfällt die barrierefreie Haltestelle Q+H

Nach Auffassung von Frau Beigeordneter Münch-Weinmann geht es heute um die grundsätzliche Entscheidung, dass weiterverhandelt werden kann; aber noch nicht um eine Einzelentscheidung.

Frau Dr. Mang-Schäfer fordert seitens der SWG eine Berichterstattung über den Fortgang wegen der Ruftaxi-Anbindung

Herr Franck stellt für die SPD fest, dass sich der von Frau Münch-Weinmann beschriebene Prozess aus der Beschlussempfehlung so nicht ergibt. Vielleicht reicht bei der Veränderung des Bustaktes der Linie 564 eine Kürzung auf 20 Minuten aus.

Die Vorsitzende bestätigt die Übernahme in die Prüfung und Verhandlung. Heute fällt aber keine Entscheidung über die Variante.

Herr C. Ableiter fordert, die Taktung der Linie ins Industriegebiet Speyer-Süd an die Schichten der dortigen Betriebe anzupassen. Die Änderungen der völlig verkorksten Busanbindung SP-West sind begrüßenswert. Trotzdem werden die Freien Wähler nicht zustimmen, bis die Hauptlinie in Nord-Süd-Richtung wieder über die Hauptstraße geführt wird.

Die Grünen stimmen laut Frau Dr. Heller der Veränderung nur mit einem weinenden Auge zu. Der Rückschritt bei der Taktung schmerzt. Leider ist Autofahren immer noch zu billig, man sollte der Idee eines nachhaltigen ÖPNV mit viel mehr Haltung begegnen.

Herr Haupt unterstreicht für die AfD zur Verdeutlichung, dass es zunächst nur um die Prüfung geht.

Frau Holzhäuser möchte für die CDU in die gleiche Bresche schlagen. Laut vorliegender Beschlussempfehlung muss man aber davon ausgehen, dass das Ergebnis der Verhandlung einfach abgenickt und nicht noch einmal im Rat behandelt wird.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert, dass es selbstverständlich nach den Verhandlungen noch eine Beschlussvorlage geben wird. Der Umsetzungszeitraum wäre dann für den Winterfahrplan 2025 vorgesehen. Herr Nolasco unterbreitet einen Formulierungsvorschlag.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: C. Ableiter – FWS): Die Verwaltung und die Verkehrsbetriebe werden beauftragt, mit dem Verkehrsverbund und dem Verkehrsunternehmen in Verhandlungen zu treten und die Ergebnisse dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Gegenstand: Radverkehr Lindenstraße
Vorlage: 0175/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Kabs weist darauf hin, dass die CDU die Vorlage im Ausschuss abgelehnt hat, weil das Vorhaben einfach zu teuer ist und ein Großteil von den Anwohnern getragen werden muss. Das Pflaster kann nach Ansicht der CDU bleiben, nur die Beschilderung des Radweges soll angepasst werden.

Nach Auffassung der Verwaltung führt dies zu rechtlichen Unsicherheiten für Rad- und Autofahrer, weil nicht mehr eindeutig erkennbar ist, welche Ebene zu nutzen ist; es bedarf rechtlich einer eindeutigen Streckenführung.

Die Freien Wähler geben der CDU durch Herrn F. Ableiter recht, der Aufwand verändert nichts an der Situation. Eine entsprechende Beschilderung ist ausreichend verständlich und spart 200.000 €

Frau Dr. Montero Muth erinnert seitens der UfS daran, dass Begrünungsmaßnahmen durch Bäume gleich miteingeplant werden, wie zuletzt beschlossen, wenn das Pflaster raus ist.

Gewohnheitsradfahrer werden, wenn es Änderungen bei den Radwegen gibt, immer noch auf dem Gehweg fahren, so Frau Dr. Mang-Schäfer für die SWG. Wenn das bei allen Straßen so gemacht werden soll, kostet das Unsummen.

Auch Herr Haupt spricht sich gegen die Ausgaben aus; aus Sicht der AfD reicht es aus, den Radweg anders zu führen.

Herr Zander (Fachbereichsleiter 2) erinnert daran, dass die Radwegführung laut StVO gesetzlich eindeutig sein muss, was im Fall einer Ablehnung der Maßnahme dann nicht mehr gegeben ist und besteht auf Rechtskonformität.

Herr Kabs hinterfragt, warum es dann überhaupt eines Beschlusses durch den Rat bedarf, wenn dies angeblich ohnehin Gesetz ist. Der Wechsel der Ausgabenseite zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt macht einen Ratsbeschluss notwendig, so die Verwaltung.

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird mit 24 Gegenstimmen (bei 15 Ja-Stimmen) mehrheitlich abgelehnt.

Gegenstand: Erlus-Gelände Bürgerpark - Spielanlagen
Vorlage: 0190/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Nach Auffassung von Herrn C. Ableiter muss jeder Privatmann die Spielgeräte auf seinem Gelände auch selbst bauen. Es sei pervers, wenn ein Investor, der 5 Riesenklötze hinstellt, das jetzt zum Teil auf die Öffentlichkeit abwälzen kann. Dieser schlechte städtebauliche Vertrag wurde nach Ansicht der Freien Wähler in geheimer Sitzung abgeschlossen.

Frau Höchst begrüßt als Mutter von 4 Kindern die Schaffung von Spielplätzen natürlich immer. Die AfD hinterfragt aber, wer diese Planung gemacht hat, die viel zu niedrig angesetzt worden ist, so dass jetzt der Steuerzahler dafür aufkommen muss. Wer prüft das und ist dafür verantwortlich?

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert, dass vertraglich ein Höchstbetrag für den Bauträger vereinbart worden sei; vor 10 Jahren waren die Anforderungen an solche Einrichtungen noch erheblich niedriger angesiedelt, was z.B. Hochwasserschutz oder Barrierefreiheit angeht. Neue Verträge in solchem Zusammenhang werden heute dynamisch gestaltet.

Frau Dr. Mang-Schäfer wirft seitens der SWG ein, warum man dann nicht einfach kleiner plant, im Rahmen des ursprünglichen Budgets. Nach Ausführung von Herrn Nolasco wäre die Fläche dann mit deutlich weniger Spielgeräten bestückt. Für eine gute Qualität braucht es jedoch eine Mindestausstattung, deren Kosten mit einem Preisvergleich ermittelt wurde.

Für Herrn Haupt bliebe immer noch die Frage, von welchem Geld das bezahlt werden soll. Er stellt einen Vergleich mit dem Feuerbachpark an, der ohne Spielgeräte auskommt.

Beschluss:

Auf Empfehlung von Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt der Stadtrat mehrheitlich, die Mehrkosten zur Herstellung der Spielanlagen im zukünftigen Bürgerpark zu genehmigen (bei 19 Gegenstimmen: AfD, Linke, FWS, FDP, SWG).

Gegenstand: **Übertragung der Ladeinfrastruktur und Elektromobilitäts-Tätigkeiten von den Stadtwerken Speyer GmbH (SWS) an die Verkehrsbetriebe Speyer GmbH (VBS)**
 Vorlage: 0191/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer beschließt einstimmig:

1. Der Übertragung der Ladeinfrastruktur und aller damit verbundenen Tätigkeiten von der Stadtwerke Speyer GmbH (SWS) an die Verkehrsbetriebe Speyer GmbH (VBS) wird zugestimmt. Diese Tätigkeiten umfassen insbesondere:
 - Betrieb der öffentlichen Ladeinfrastruktur,
 - Entwicklung eines weiteren Ausbauplans und die Abrechnung der Ladevorgänge,
 - Entwicklung von Ladekonzepten für Mehrfamilienhäuser und Gewerbetreibende,
 - Verkauf und Installation von Wallboxen bei Privatkunden.

Tätigkeiten, die zum regulierten Stromnetzbetrieb gehören, wie beispielsweise die Herstellung von Hausanschlüssen für Ladesäulen, sind von dieser Übertragung ausgenommen.

2. Die Geschäftsführungen der Stadtwerke Speyer GmbH und der Verkehrsbetriebe Speyer GmbH werden ermächtigt, die zur Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten, einschließlich:
 - des Abschlusses eines Einlagevertrags zur Übertragung des Anlagevermögens,
 - der Anpassung des Unternehmensgegenstands im Gesellschaftsvertrag der VBS.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: **Ergebnishaushalt 2024; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 31300.5581600 (Hilfen für Asylbewerber; Kostenbeteiligung nach dem AsylbLG für Krankenhilfe)**
Vorlage: 0194/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Sie wird inhaltlich vom Stadtrat ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: Finanzhaushalt 2024; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 51130.0190000.2141 (Städtebauförderung / Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände / Projekt "Entwicklungsband Kernstadt-Nord")
Vorlage: 0198/2024

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 81.000 € bei HHSt. 51130.0190000.2141 (Städtebauförderung / Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände / Projekt "Entwicklungsband Kernstadt-Nord").

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: **Verlängerung der Übergangsregelung zur Anwendung des § 2b UStG**
 [Vorlage: 0196/2024](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Sie wird inhaltlich vom Stadtrat ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Bericht über die Geldanlagen nach § 9 Anlagerichtlinie der Stadt Speyer und der nichtrechtsfähigen Stiftungen des öffentlichen Rechts
Vorlage: [0199/2024](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Sie wird inhaltlich vom Stadtrat ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0192/2024

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Tourismus	neu: Volker Ziesling Im Erlich 88 für: Rainer Horn	neu: Aurel Nico Roy Popescu (bisher N.N.)
Sozialausschuss		neu: Aurel Nico Roy Popescu Roßmarktstraße 34 für: Marianne Breiner-Schultz
Kulturausschuss		neu: Aurel Nico Roy Popescu Roßmarktstraße 34 für: Rainer Horn

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
 Vorlage: 0193/2024

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Unter Informationen der Verwaltung liegen keine Beiträge vor.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.1

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Die Information wird inhaltlich vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.2

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Die Information wird inhaltlich vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20.1

Gegenstand: Prüfauftrag zum Erwerb von Grundstücken

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt Verhandlungen dahingehend aufzunehmen, die Grundstücke zu erwerben.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20.2

Gegenstand: Verkauf einer Teilfläche von ca. 15 qm aus dem städt. Flurst.-Nr. 4460/14, Fritz-Ober-Straße

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Verkauf einer Teilfläche von ca. 15 qm aus dem städt. Flurst.-Nr. 4460/14 in der Fritz-Ober-Straße wird zugestimmt.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 21

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Information wird inhaltlich vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2024

5. Sitzung des Stadtrates 12.12.2024 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!